



Am 20. April blockierte die „Letzte Generation“ die Bismarckstraße. Foto: zg

Dienstag, 30. April 2024

Wurde ein Bluttransport behindert?

Polizei zeigt Demonstranten an – „Letzte Generation“ wehrt sich

hob. Zwischen der „Letzten Generation“ und der Heidelberger Polizei ist ein Streit entbrannt. Grund ist eine Demo von 13 Klimaschützern am Samstag, 20. April. 13 Aktivisten hatten dabei auch die Bismarckstraße blockiert, die von der Theodor-Heuss-Brücke kommend am Bismarckplatz vorbeiführt. Der Leiter des Polizeireviers Mitte, Uwe Schrötel, hatte die Straßenblockade und kurz darauf die Demo auflösen lassen. Gegenüber der RNZ sagte er, die „Letzte Generation“ habe auch einen Bluttransport und einen Rettungswagen behindert.

Genau dagegen wehrt sich nun Raúl Semmler, Sprecher der „Letzten Generation“. Die Gruppe halte immer eine Rettungsgasse für Notfälle und Einsatzwagen frei oder schaffe diese innerhalb von Sekunden. Die Polizei selbst habe überdies eine der drei Fahrspuren blockiert. Außerdem sei es möglich gewesen, den Verkehr über die Luisenstraße umzuleiten. Semmler fordert daher Schrötel auf, Foto- oder Videobeweise vorzulegen. Komme er dem nicht nach, müsse er entweder seine Aussage korrigieren oder die „Letzte Generation“ behalte sich vor, seine „Falschaussage“ rechtlich prüfen zu lassen.

Die Polizei reagiert gelassen auf die Vorwürfe. „Jedem Bürger stehe es zu, polizeiliches Handeln gerichtlich überprüfen zu lassen“, so Polizeisprecher Karl Appel. Aus diesem Grunde werde das Einsatzgeschehen gewissenhaft dokumentiert. Es ließe sich beweisen, dass ein Bluttransport, ein ziviles Fahrzeug ohne Blaulicht, im Stau stand und über den Radstreifen an der Blockade vorbei gelotst werden musste. Ein Fahrzeug der Feuerwehr, nicht etwa ein Rettungswagen, stand demnach kurz nach der Theodor-Heuss-Brücke im Stau. Es sei zwar keine Blaulicht-Fahrt gewesen, trotzdem dürften Behörden

und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben nicht ausgebremst werden. Schrötel habe deshalb den Demonstrierenden einen anderen Versammlungsort auf dem Bismarckplatz zugewiesen. Erst als sie seiner Aufforderung nicht nachgekommen seien, habe er die Versammlung aufgelöst.

Die Polizei hat die Aktivisten wegen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz und wegen verkehrsrechtlicher Verstöße angezeigt. Zudem werde derzeit mit der Staatsanwaltschaft erörtert, ob man die Demonstranten auch wegen Nötigung belangen möchte.

Laut Appel gibt es Beweisfotos, dass der Bluttransport und Einsatzkräfte behindert wurden. Zeugen der Demo wollen eine Drohne bemerkt haben, die das Geschehen dokumentierte. „Die Bismarckstraße ist eine sensible Achillesferse“, sagt Appel. Als Zufahrtsweg zu den Krankenhäusern müsse sie freigehalten werden.